

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	Seite <b>XVII</b>
-----------------------------	----------------------

## E r s t e r T e i l

### Allgemeine Grundlagen

<b>Erstes Kapitel: Die anlagenrechtliche Polizeiverfügung: Eine Einführung .....</b>	<b>1</b>
I. Problemstellung .....	1
II. Grundzüge des Anlagenrechts .....	5
A. „Anlagenrecht“ .....	5
1. Definition und Beispiele .....	5
2. Zum sachlichen Geltungsbereich des Anlagenrechts .....	10
B. Aufgaben und Mittel des Anlagenrechts .....	16
1. Zur Struktur von Eingriffstatbeständen .....	16
2. Aufgaben .....	17
3. Mittel .....	21
III. „Polizeiverfügung“ .....	28
A. Polizeiverfügung als „wissenschaftlicher Begriff“ .....	28
1. Definition und Beispiele .....	28
2. Hilfsmittel einer funktionellen Betrachtungsweise .....	33
B. Die Polizeiverfügung als Rechtsinstitut .....	37
C. Polizeiverfügung und Polizeirechtsverhältnis .....	40
<b>Zweites Kapitel: Rechtsdogmatische Voraussetzungen .....</b>	<b>46</b>
I. Rechtsdogmatik als angewandte Sprachtheorie .....	46
A. Recht als Sprachspiel .....	46
B. Sprachtheoretische Grundbegriffe .....	49
1. Das „semiotische Dreieck“: Zeichen - Begriff - Gegenstand .....	49
2. Weitere sprachtheoretische Grundbegriffe .....	52
a) Arten von Begriffen .....	53
b) Bedeutungsgleichheit und Bedeutungsgegensatz .....	57
c) Mehrdeutigkeit .....	59
d) Vagheit .....	61
e) Abgrenzungen .....	62
II. „Bedeutung“ .....	65
A. Juristische Auslegung und „Sprachgebrauch“ .....	65
B. Bedeutung als Gebrauchsbeschreibung .....	66
C. Bedeutung als das Ergebnis von Sprechakten und von Sprachkompetenz .....	71

## VIII Inhaltsverzeichnis

	Seite
III. Normbedeutung, Tatsachenkenntnis und Normanwendung .....	78
A. Präzisierung, Beweis und Subsumtion als Elemente juristischen Entscheidens .....	78
B. Subsumtionsmodell und Entscheidungsbegründung .....	82
C. Die Abgrenzung zwischen Rechtsfragen und Tatfragen im Verwaltungsrecht .....	88
 <b>Drittes Kapitel: Gefahrenabwehr als Staatszweck und Polizeiaufgabe .....</b>	 98
I. Gefahrenabwehr und Allgemeine Staatslehre (Staatszwecklehre) .....	99
A. Präpositive Staatszwecke und positives Recht .....	99
B. Der Sicherheitszweck als Auftrag zum Schutz eines Gesellschaftsvertrages über die Nutzung der Technik .....	101
1. Zum Modell eines Gesellschaftsvertrages über die Nutzung der Technik .....	101
2. Der Sicherheitszweck als staatsbegründendes und staatsbegrenzendes Argument .....	106
II. Gefahrenabwehr und materieller Polizeibegriff .....	112
A. Anlagenrecht und „politische Verwaltung“ .....	112
1. Zur Entstehung des Anlagenrechts .....	112
2. Aufgabenstellung der „politischen Verwaltung“ .....	117
B. Materieller Polizeibegriff und ältere Verwaltungsrechtslehre .....	121
1. Von der Polizeywissenschaft zur Polizeirechtslehre .....	121
2. Polizei als Gefahrenabwehr .....	123
3. Andere Auffassungen .....	125
C. Merkmale des materiellen Polizeibegriffes .....	128
1. Die Polizeifrage als Aufgabe der Rechtsdogmatik .....	128
2. Merkmale des materiellen Polizeibegriffes .....	131
3. Polizeirechtliche Prämissen der Gefahrenabwehr im Anlagenrecht .....	134

## Zweiter Teil

### Verfassungsrechtliche Aspekte

 <b>Viertes Kapitel: Verfügungsvorbehalt und Kompetenzverteilung .....</b>	 139
I. Zur bundesstaatlichen Kompetenzverteilung .....	139
II. Kompetenzrechtliche Anknüpfungspunkte für die Gefahrenabwehr im Anlagenrecht .....	141
A. „Querschnittsmaterie“ .....	141
1. Zum Kompetenzrechtsbegriff „Angelegenheit“ .....	142
2. „Weder-Noch-Regelung“ und „komplexer Begriff“ .....	144
B. „Verwaltungspolizei“ .....	146
1. Zur kompetenzrechtlichen Gleichsetzung von Gefahrenabwehr und Verwaltungspolizei .....	146
2. Grenzen der kompetenzrechtlichen Gleichsetzung von Gefahrenabwehr und Verwaltungspolizei .....	150
C. Kompetenzbegründende Argumente .....	152
1. Gefahrenquelle-Kompetenzen .....	153
2. Schutzgut-Kompetenzen .....	155

	Inhaltsverzeichnis	IX
	Seite	
D. Kompetenzbegrenzende Argumente .....	156	
1. Selbstbegrenzung .....	156	
2. Konkurrenzverbot .....	157	
3. Materienspezifische Maßnahmen .....	161	
E. Landeszuständigkeiten .....	162	
III. Zum Berücksichtigungsprinzip als kompetenzrechtlicher Ansatz für umfassende Gefahrenabwehr .....	167	
A. Abschied vom Gesichtspunkteprinzip? .....	167	
B. Regelungskonkurrenzen im Spannungsverhältnis von Konzentrationsbemühungen und Berücksichtigungsprinzip .....	170	
<b>Fünftes Kapitel: Verfügungsvorbehalt und Legalitätsprinzip .....</b>	<b>177</b>	
I. Zum Legalitätsprinzip .....	176	
A. Legalitätsprinzip und Gewaltentrennung .....	176	
B. Wesentlichkeitsgebot .....	179	
1. Bestimmtere und weniger bestimmte Tatbestände .....	179	
2. Kriterien der „Wesentlichkeit“ .....	180	
3. Erfüllbarkeit des Wesentlichkeitsgebotes .....	184	
II. Anforderungen des Legalitätsprinzips an anlagenrechtliche Eingriffstatbestände .....	188	
A. Determinierungspflichtige Aspekte der Eingriffstatbestände .....	188	
B. Zum Spannungsverhältnis zwischen Legalitätsprinzip und Gefahrenabwehr .....	190	
C. Polizeigewalt oder Legalitätsprinzip .....	192	
1. Polizeigewalt und Untertanenpflicht .....	192	
2. Großzügige und handliche Blankett нормы .....	194	
3. Unbestimmtheit als Natur der Sache .....	196	
4. Exakte Grenzen .....	198	
5. Legalitätsprinzip statt Polizeigewalt .....	200	
<b>Sechstes Kapitel: Verfügungsvorbehalt und Grundrechte .....</b>	<b>203</b>	
I. Grundrechte als verfassungsrechtliche Determinanten von „Eingriffen“ .....	203	
A. Zur materiellen und formellen Komponente von Grundrechtspositionen .....	203	
B. Grundrechtseingriff .....	206	
1. Materieller und formeller Eingriffsbegriff .....	206	
2. Nominalität - Intentionalität - Wirkung .....	209	
3. Eingriff und Ausgestaltung .....	216	
II. Anlagenrechtliche Gefahrenabwehr als Grundrechtseingriff .....	218	
A. Arten von zulässigen Grundrechtsbeschränkungen .....	218	
B. Verhältnismäßigkeit .....	224	
C. Gefahrenabwehr als öffentliches Interesse .....	228	
1. Verfassungsrechtliche Grenzen der risikopolitischen Gestaltungsfreiheit .....	228	
2. Öffentliches Interesse und Gestaltungspflicht .....	231	
III. Zum Grundrechtsanspruch auf anlagenrechtliche Gefahrenabwehr .....	233	
A. Schutzpflicht als Verbot unzulässiger „Gefährdungserlaubnisse“ .....	233	
B. Eingriffsgleiche Grundrechtsgefährdung .....	239	
C. „Gefährdungserlaubnisse“ als zulässige Grundrechtsbeschränkungen .....	241	

**Dritter Teil****Gefahr als Tatbestandselement im Anlagenrecht**

<b>Siebentes Kapitel:</b> Die drei Ursachen für problematische Gefahrenurteile .....	243
I. Die „Gefahr“ in der Diskussion um Bindung und Ermessen im Verwaltungsrecht .....	243
A. Das Unbestimmtheitsproblem - verwaltungsrechtlich betrachtet .....	243
B. Meinungsstand .....	249
1. Bernatzik-Tezner-Kontroverse .....	249
2. Vom Beurteilungsspielraum .....	253
3. Das Drei-Bereiche-Modell .....	258
C. Zur „Unbestimmtheit“ des Unbestimmtheitsproblems .....	262
II. Die Mehrdeutigkeit des Wortes /Gefahr/ .....	264
III. Die Vagheit des Begriffes „Gefahr“ .....	268
A. Unbestimmte Rechtsbegriffe als Vagheitsproblem .....	268
1. „Neutrale Kandidaten“ .....	268
2. Unvollständigkeit und/oder Ungenauigkeit der Erfüllungsbedingungen .....	269
3. Unbestimmte Rechtsbegriffe und Bedeutungszweifel .....	271
B. Vagheit als typische Eigenschaft normaler Sprachen .....	274
1. Vagheit und Exaktheit .....	274
2. Ursachen für Vagheit .....	277
a) Verwendungsregeln mit Handlungsaufforderungen .....	277
b) Unkenntnis des Sprachgebrauches .....	280
c) Verdeckte Mehrdeutigkeit .....	281
d) Abstraktheit und Vagheit .....	283
C. Vagheit und Entscheidungsbegründung .....	284
1. Vagheit und Subsumtionsmodell .....	284
2. Zur Entscheidungsbegründung bei neutralen Kandidaten .....	285
a) Interne Rechtfertigung (Schlüssigkeit) .....	285
b) Subsumtionsfeststellungen .....	286
c) Externe Rechtfertigung (Richtigkeit) .....	287
d) Bindung, Ermessen und mögliche Fehler im Rechtsfragenbereich .....	290
IV. Die Erkennbarkeit des Sachverhaltes >Gefahr< .....	292
<b>Achtes Kapitel:</b> Sprechaktbedingungen der anlagenrechtlichen Gefahrenbeurteilung .....	296
I. Gefahrenbegriff und Familienähnlichkeit .....	296
II. Der Gefahrenbegriff im allgemeinen Sprachgebrauch .....	298
A. Wörterbuchumschreibungen .....	298
B. Merkmale .....	301
C. Verwendungsform .....	303
III. Der Gefahrenbegriff im juristischen Sprachgebrauch .....	306
A. Allgemeiner und juristischer Sprachgebrauch .....	306
B. Zur Funktion des verwaltungspolizeilichen Gefahrenbegriffes .....	311
C. Der strafrechtliche und der zivilrechtliche Gefahrenbegriff .....	317
1. Zur Funktion des Gefahrenbegriffes im Strafrecht .....	317
2. Zur Funktion des Gefahrenbegriffes im Zivilrecht .....	322

	Seite
<b>IV. Das Verfassungsrecht als Sprechaktbedingung des Anlagenrechts .....</b>	<b>328</b>
A. „Verfassungskonforme Interpretation“ .....	328
B. Zur verfassungskonformen Interpretation von anlagenrechtlichen Eingriffsstatbeständen .....	330
1. Kompetenzkonforme Interpretation .....	330
2. Rechtsstaatskonforme Interpretation .....	332
 <b>Neuntes Kapitel: Die Merkmale des anlagenrechtlichen Gefahrenbegriffes .....</b>	<b>336</b>
 I. Normalzustand .....	336
A. Der Normalzustand als hinzunehmende Grundbelastung .....	336
B. Zu Aspekten des Normalzustandes .....	339
1. Beeinträchtigungslosigkeit .....	339
2. Normative Festlegung und tatsächliche Verhältnisse .....	340
3. Normalzustand und komparativer Gefahrenbegriff .....	345
C. Abweichungen vom Normalzustand .....	347
II. Gefahrenquelle .....	352
A. Die Gefahrenquelle als Ursache des drohenden Schadens .....	352
B. Aspekte der Gefahrenquelle .....	357
III. Beurteilungshorizont .....	361
A. Der Beurteilungshorizont als Standort der Gefahrenbeurteilung .....	361
B. Zum anlagenrechtlichen Beurteilungshorizont .....	363
1. Objektiv und umfassend .....	363
2. „Behördenklugheit“ .....	367
3. Beurteilungshorizont und funktionelle Zuständigkeit .....	369
IV. Wahrscheinlichkeit .....	372
A. Die Wahrscheinlichkeit als Maß des Drophens von Schäden .....	372
B. Erwartungen, Berechnungen, Befürchtungen .....	373
1. Quantitative und qualitative Wahrscheinlichkeitsurteile .....	373
2. Dispositionssätze .....	376
V. Schadensverlauf .....	381
A. Der Schadensverlauf als Kausalzusammenhang zwischen Gefahrenquelle und Schutzgut .....	381
B. Zur Kausalität im Anlagenrecht .....	383
1. Kausalität als notwendige Bedingung möglicher Schädigung .....	383
2. Beschränkung auf typische Schadensverläufe? .....	386
3. Doppelkausalität .....	389
VI. Schutzgut (Schaden) .....	392
A. Das Schutzgut als schadensbedrohtes Rechtsgut .....	392
B. Zum „Schaden“ als Merkmal des anlagenrechtlichen Gefahrenbegriffes .....	394
1. Der polizeirechtliche Schaden als positiver und realer Schaden .....	394
2. Leben und Gesundheit als Schutzgut im Anlagenrecht .....	398
a) Zum Gesundheitsbegriff .....	398
b) Gesundheitsschädigung als Funktionsstörung .....	400
c) Gesundheitsschutz als Schutz einer Maßfigur? .....	402
VII. „Sicherheit“ .....	405

## XII Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Zehntes Kapitel: Die Behandlung von problematischen Gefahrenurteilen ...</b>	<b>407</b>
I. Möglichkeiten der Disambiguierung von mehrdeutigen Gefahrenbezeichnungen .....	407
A. Disambiguierung .....	407
B. Überblick der anlagenrechtlichen Gefahrenarten .....	409
C. Abstrakte Gefahr - konkrete Gefahr .....	414
1. Semiotische Charakteristik .....	414
2. Juristische Bedeutung .....	416
a) Anlagenrechtliche Verwendung .....	416
b) Unterschiedliche Begründungsanforderungen .....	420
c) Gefahrenarten als Mittel zur Abstufung der Gefahrenabwehr .....	422
II. Möglichkeiten der Präzisierung des Gefahrenbegriffes .....	424
A. Externe Rechtfertigung und präiterative Vagheit .....	424
B. Wissenschaftlich-technische Beratung .....	429
1. Erfahrungswissen, Unkenntnis und Verweisung .....	429
2. Möglichkeiten und Grenzen der wissenschaftlich-technischen Beratung .....	431
a) „Behördenklugheit“ und Erfahrungswissen .....	431
b) Anlagenrechtliche Ansätze zur Regelung der wissenschaftlich-technischen Beratung .....	433
c) Grenzen der wissenschaftlich-technischen Beratung .....	439
C. Rekonstruktion der risikopolitischen Entscheidung des Gesetzgebers .....	440
1. Wertwissen, Wertung und Rekonstruktion .....	440
2. Möglichkeiten und Grenzen der risikopolitischen Rekonstruktion .....	442
D. Allgemeine Prinzipien .....	444
E. „Gefahrenbeziehtigung“ .....	447
III. Möglichkeiten der Gefahrenkognition bei Beweisproblemen .....	448
A. Sachverhaltsfeststellung und Freiheit der Beweiswürdigung .....	448
B. Zum Gefahrenforschungseingriff .....	452

## Vierter Teil

### Die Polizeiverfügung als Instrument des Anlagenrechts

<b>Eiltes Kapitel: Arten von Polizeiverfügungen .....</b>	<b>457</b>
I. Selbständige Polizeiverfügungen .....	457
A. Begriff und Funktion .....	457
B. Einzelfragen .....	464
1. Selbständige Polizeiverfügung und Normenkonflikte .....	464
2. Ist die Befolgung einer selbständigen Polizeiverfügung genehmigungspflichtig? .....	469
3. Zum Unterschied zwischen Konsenswidrigkeit und Konsenslosigkeit .....	473
4. Selbständige Polizeiverfügung und Alternativauftrag .....	474
5. Gibt es einen „allgemeinen Verfügungsvorbehalt“? .....	476
II. Unselbständige Polizeiverfügungen .....	478
A. Begriff und Funktion .....	478

	Inhaltsverzeichnis	XIII
	Seite	
B. Einzelfragen .....	485	
1. Zum Eingriffscharakter unselbständiger Polizeiverfügungen .....	485	
2. „Bedingter Polizeibefehl“ .....	488	
3. Antragsgebundenheit - modifizierende Auflagen - „Wesen des Projektes“ .....	492	
4. Untrennbarkeitsthese, „gesetzesnahe Absprachen“ und Rechtsschutz .....	497	
III. Nachträgliche Polizeiverfügungen .....	502	
A. Begriff und Funktion .....	502	
B. Einzelfragen .....	507	
1. Zum Eingriffscharakter nachträglicher Polizeiverfügungen .....	507	
2. Rechtskraftdurchbrechung .....	509	
3. Nachträgliche Polizeiverfügung und Grundrechtsschutz.....	513	
4. Nachträgliche Polizeiverfügung als „abweichende Regelung“ iS des Art 11 Abs 2 B-VG? .....	516	
<b>Zwölftes Kapitel: Polizeiverfügungen als Handlungsform .....</b>	<b>520</b>	
I. Polizeiverfügungen sind Rechtsnormen .....	520	
A. Rechtsbegriff und Stufenbau-Modell .....	520	
B. Normativität .....	522	
1. Subjektiver Sinn des Befehls .....	523	
2. Objektiver Sinn des Befehls .....	525	
II. Polizeiverfügungen werden von Verwaltungsbehörden erlassen .....	528	
A. Zum Organbegriff .....	528	
B. Staatliche Rechtserzeugung .....	530	
C. Vollziehung .....	532	
D. Behördliche Zuständigkeit .....	534	
III. Polizeiverfügungen sind verfahrensgebundene Verwaltungsakte .....	536	
A. Hoheitlich .....	536	
1. Vollziehung des öffentlichen Rechts durch einseitige Normerzeugung .....	536	
2. Regelungstechniken für Ermächtigungen zu hoheitlichem Handeln .....	537	
3. Vertragsähnliche Elemente der Polizeiverfügung? .....	538	
B. Außenwirkend .....	546	
C. Individuell .....	549	
1. Verordnung und Verwaltungsakt .....	549	
2. Individualität und Wirkungserstreckung .....	551	
D. Verfahrensgebunden .....	553	
1. Polizeiverfügungen und Verfahrensrecht .....	553	
2. Einschränkungen der Verfahrensgebundenheit .....	554	
IV. Polizeiverfügungen dienen der Gefahrenabwehr und begründen Verhaltenspflichten .....	557	
A. Ordnungs- und Eingriffsverwaltung .....	557	
B. Polizeiverfügung und Verhaltenspflicht .....	560	
1. Polizeiverfügung als Leistungsbescheid .....	561	
2. Ergänzende Merkmale .....	564	
a) Leistungsinhalt und Verfahrensordnung .....	564	
b) Belastender Verwaltungsakt .....	565	
c) Amtswigkeit, Antrags- und Mitwirkungsbedürftigkeit .....	567	
d) Vollstreckbarkeit .....	568	

## XIV Inhaltsverzeichnis

	Seite
<b>Dreizehntes Kapitel: Polizeiverfügungen als Maßnahmen .....</b>	<b>571</b>
I. Ansatzpunkte für gefahrenabwehrende Maßnahmen .....	571
A. Gefahrenabwehr als gesetzesgebundene Sozialgestaltung .....	571
B. Gefahrenabwehr und Gefahrenbegriff .....	575
1. Gefahrenabwehr als Umkehr der Gefahrenbeurteilung .....	575
2. Fördernde und hindernde Bedingungen .....	579
3. Grenzen für die Umkehr der Gefahrenbeurteilung .....	583
II. Kriterien für die Rechtmäßigkeit von gefahrenabwehrenden Maßnahmen .....	584
A. Gesetzesbindung .....	584
B. Verhältnismäßigkeitsprinzip .....	587
1. Zur Verhältnismäßigkeit von Polizeiverfügungen .....	587
2. Teilschritte der verwaltungsrechtlichen Verhältnismäßigkeitsprüfung .....	592
C. Inhaltliche Determinierung durch zusätzliche Merkmale .....	601
D. Polizeiverfügungen und „Bestimmtheitsgebot“ .....	604
<b>Vierzehntes Kapitel: Polizeiverfügung, Polizeipflicht und Drittschutz .....</b>	<b>610</b>
I. Vorbemerkung .....	610
II. Polizeipflichtige Personen .....	611
A. Kriterien der anlagenrechtlichen Polizeipflicht .....	611
1. Präzise Regelungen der Polizeipflicht .....	611
2. Vage Regelungen der Polizeipflicht .....	614
B. Polizeipflicht kraft Wirkungserstreckung .....	619
1. Rechtsnachfolge in Polizeipflichten .....	619
a) „Dingliche Wirkung“ .....	619
b) Verfassungsrechtliche Grenzen der dinglichen Wirkung .....	623
2. Erweiterte Polizeipflicht .....	626
a) Erweiterte Polizeipflicht als Ausnahme von den subjektiven Grenzen der Bescheidwirkungen .....	626
b) Zur Rechtsstellung von Hausbewohnern gegenüber baupolizeilichen Verfügungen .....	629
c) Kritik an der „versteckten Polizeipflicht“ .....	633
C. Zur Polizeipflicht der staatlichen Rechtsträger .....	638
III. Polizeirechtlicher Drittschutz und subjektive Rechte .....	641
A. Problemstellung .....	641
1. Anspruch auf Erlassung von Polizeiverfügungen? .....	641
2. Die „Dritten“ im Polizeirechtsverhältnis .....	646
B. Zur Struktur subjektiver Rechte .....	648
C. Präzise Regelungen des polizeirechtlichen Drittschutzes .....	650
D. Vage Regelungen des polizeirechtlichen Drittschutzes .....	652
1. Randbedingungen der Argumentation .....	652
2. Zur Überwindung des Zivilrechts durch das Anlagenrecht .....	655
3. Effektivität des Grundrechtsschutzes .....	658
4. Kriterien für die Annahme subjektiver Rechte auf Drittschutz .....	660

**Fünfter Teil****Abgrenzungen und Wechselbeziehungen**

<b>Fünftes Kapitel: Polizeiverfügung und andere Aufgaben .....</b>	<b>666</b>
I. Gefahrenabwehr und andere Eingriffsvoraussetzungen und -ziele .....	666
A. Abwehr anderer Gefahren .....	667
B. Ausnahmezustand als Problem der Verwaltungspolizei? .....	668
C. Belästigungsschutz .....	670
D. Gefahrenabwehr und „Restrisiko“ .....	671
E. Beseitigung eingetretener Schäden .....	675
F. Gefahrenvorsorge („Gefahrenabwehr auf Vorrat“) .....	676
G. Gefahrenverdacht .....	679
H. Wohlfahrtspflege .....	680
II. Subsidiäre Polizeikompetenzen des Bundes? .....	683
A. Verwaltungspolizei und Sicherheitspolizei .....	684
1. Sicherheitspolizei als Abwehr „allgemeiner Gefahren“? .....	684
2. Sicherheitspolizei und VerfassungsrechtSENTWICKLUNG .....	689
3. Sicherheitspolizei als „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit“ .....	692
4. Sicherheitspolizei und anlagenbezogene Gefahrenabwehr .....	695
B. Verwaltungspolizei und Gesundheitswesen .....	699
1. Gesundheitswesen als „allgemeiner Schutz der Gesundheit“? .....	699
2. Gesundheitswesen als Schutz der Volksgesundheit .....	701
III. Verwaltungspolizei, Zivilrecht und Strafrecht .....	705
A. Verwaltungspolizei und Zivilrecht .....	705
1. Zur Abgrenzung zwischen öffentlichem und privatem Recht .....	705
2. Verwaltungsrechtliche Beschränkungen von Zivilrechts- befugnissen .....	710
3. Verwaltungsakte mit Zivilrechtsfolgen .....	716
4. Zivilrechtliche Gefahrenabwehr .....	719
5. Gefahrenabwehr und Schadenersatz .....	723
B. Verwaltungspolizei und Strafrecht .....	726
1. Strafe und verwaltungspolizeiliche Maßnahme .....	726
2. Strafrechtswesen als Formalzuständigkeit .....	729
<b>Sechstes Kapitel: Polizeiverfügung und andere Handlungsformen .....</b>	<b>735</b>
I. Abgrenzung von nichtnormativen Akten .....	735
A. „Schlichte Akte“ .....	735
B. Wissenserklärungen .....	741
II. Abgrenzung von der Rechtserzeugung durch Private .....	745
A. Unmittelbare zivilrechtliche Abwehransprüche .....	747
B. Sonstige zivilrechtliche Ansprüche auf technische Sicherheit .....	752
III. Abgrenzung von der Rechtserzeugung durch den Gesetzgeber .....	756
IV. Abgrenzung von der Rechtserzeugung durch Gerichte .....	759
A. Verfassungsrechtliche Aspekte der Trennung zwischen Gerichtsbarkeit und Verwaltung .....	760
B. Auswirkungen auf das Anlagenrecht .....	763
1. „Anlagenrecht“ als Verwaltungsrecht .....	763

## XVI Inhaltsverzeichnis

	Seite
2. Sicherheitsansprüche zwischen Privaten und Zivilgerichtsbarkeit .....	764
3. Civil- und verwaltungsrechtlicher Nachbarschutz .....	765
4. Zivilgerichtlicher Rechtsschutz gegen Polizeiverfügungen? .....	769
5. Zur Verwaltungsakzessorietät des Strafrechts .....	775
V. Abgrenzung von der nichthoheitlichen Verwaltung .....	782
A. Hoheitsverwaltung - Privatwirtschaftsverwaltung .....	784
B. Erscheinungsformen der nichthoheitlichen Verwaltung im Anlagenrecht .....	794
VI. Abgrenzung von der Weisung .....	798
VII. Abgrenzung von der Verordnung .....	801
A. Präzisierende Durchführungsverordnungen .....	801
B. Polizeibefehl in Verordnungsform .....	803
VIII. Abgrenzung vom verfahrensfreien Verwaltungsakt .....	804
A. Verfahrensfreie Verwaltungsakte als „notpolizeiliche Handlungsreserve“ .....	804
B. Verfassungsrechtliche Grenzen .....	807
C. Verfahrensfreie Verwaltungsakte als Instrument der Ortspolizei .....	810
 Anhang .....	 812
1. Die Polizeiverfügung im System der Gesamtrechtsordnung .....	812
2. Der Modelltatbestand einer anlagenrechtlichen Polizeiverfügung: Variationen und Vergleichstatbestände .....	813
3. Die Merkmale des Gefahrenbegriffes .....	816
4. Überblick von Verwendungsregeln, Erfüllungsbedingungen und „Erfüllungswerten“ .....	817
 Literaturverzeichnis .....	 818
 Stichworteverzeichnis .....	 849